

Jahresauftakt des Landesverbandes Sachsen

27. Januar 2021

Sehr geehrter Herr Hauptgeschäftsführer Dr. Lang,

Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages und des
Sächsischen Landtages,

Sehr geehrte Vertreter der Kommunen, Ministerien, der Wissenschaft
und Verbände,

Liebe Unternehmerinnen und Unternehmer!

Ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserem *Jahresauftakt*, der in diesem Jahr leider kein *Neujahrsempfang* im herkömmlichen Sinn sein kann. Genau heute vor einem Jahr wurde der erste Corona-Fall in Deutschland gemeldet. Ein Mann aus Bayern. 365 Tage später zwingt uns das Virus noch immer in die Distanz. Aber wir werden uns wiedersehen und dann um so mehr wertschätzen, was uns in Zeiten der Pandemie gefehlt hat.

Herzlich Willkommen Herr Dr. Lang. Das der Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Präsidiums des Bundesverbandes der Deutschen Industrie heute zum Thema: „**Die Corona-Pandemie und die laufende Transformation: Wie gelingt ein Neustart?**“ zu uns sprechen und mit uns ins Gespräch kommen wird, ist eine große Ehre, für die wir uns schon an dieser Stelle bedanken möchten. Wir freuen uns, einen so profunden Kenner der Unternehmen und versierten Grenzgänger zwischen Wirtschaft und Politik begrüßen zu dürfen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

schon in seiner Regierungserklärung am 27. Oktober 1999 hat der damalige sächsische Ministerpräsident Prof. Dr. Kurt Biedenkopf vor dem Sächsischen Landtag das Credo seiner politischen Arbeit benannt: **Wahrheit und Klarheit.**¹

Zitat Prof. Biedenkopf: „Zu dieser Wahrheit gehört es auch zu sagen, was der Staat kann und was er nicht kann. Wir werden auch in Zukunft nichts versprechen, was wir nicht halten können. Wir werden auch nichts versprechen, was wir nur zu Lasten kommender Generationen einlösen könnten. Verträge zu Lasten Dritter sind nichtig, auch in der Politik.“

Weiterhin spricht Prof. Biedenkopf in dieser Regierungserklärung vom Strukturwandel, der zügig und zielgerichtet bewältigt werden soll, darüber „alles zu tun, um Investoren nach Sachsen zu holen“, die Notwendigkeit einer leistungsfähigen Verwaltung, bei der es um die Einstellung und den Respekt vor den Bürgern geht. Er unterstreicht, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen zentrales Thema der Regierung bleibt und das wichtigste Kapital das Wissen und Können der Bevölkerung ist. Und er bezeichnet die Ausstattung der Schulen mit Computern, einer einheitlichen Hard- und Softwarebasis sowie ständig verfügbaren Internetzugängen als unverzichtbar. Der Umgang mit neuen Medien sei keine technische Spielerei, sondern „eine Kulturtechnik wie Lesen, Schreiben und Rechnen. Sie muss so früh wie möglich erlernt werden.“ Zitat Ende.

¹ „Sachsen ist bereit für die Zukunft“: Regierungserklärung von Ministerpräsident Prof. Dr. Kurt Biedenkopf vor dem Sächsischen Landtag am 27. Oktober 1999 (bearbeitete Fassung). Hrsg.: Staatskanzlei Freistaat Sachsen.

Das ist jetzt über 21 Jahre, also eine Generation, her. Damals hatten drei Mal in Folge die sächsischen Wählerinnen und Wähler bei Landtagswahlen den Kandidaten der sächsischen Union in allen Wahlkreisen des Landes das Abgeordnetenmandat erteilt. 52 % der Erstwähler, 58 % der Wähler im Alter von 18 bis 25 und 61 % der Wähler im Alter von 25 bis 35 Jahren hatten die CDU gewählt.

Das Regierungsprogramm zeigt einen klaren Gestaltungswillen und Gestaltungsanspruch. Es ist vollgepackt mit wirtschaftspolitischen Inhalten und Positionen, Aufträgen und Zielvorgaben. Mit analytischer Schärfe folgt auf den Befund, der davon abgeleitete Handlungsbedarf und das Konzept zur Erreichung des Ziels.

Hier, lieber Herr Professor Patzelt, möchte ich mich auf Sie beziehen und daran erinnern, dass es in der Politik um die allgemeine **Verbindlichkeit** (Ubiquität) und **Durchsetzung** der als erforderlich, wirksam und angemessen erkannten und unter Einhaltung der demokratischen Spielregeln getroffenen Entscheidungen geht – notfalls auch gegen Widerstand. Die Überprüfung dieser Entscheidungen durch Gerichte steht im Rechtsstaat allen offen. Es geht um den Widerstreit der Parteien – Regierungsmehrheit vs. Opposition – um politische Programme und unterschiedliche Schwerpunktsetzungen. Und es geht auch um ein Angebot im Hinblick auf das politische Personal. Gerade im Superwahljahr 2021 stellt sich die Frage nach der *Auswahl*.

Der „Appell an die Vernunft“, den der Wirtschaftsrat im Dezember in Bezug auf die Bekämpfung der zweiten Corona-Welle an alle Sachsen gerichtet hat, knüpft dort an. Mit dem am 11.12.2020 gefassten Beschluss hat die Sächsische Staatsregierung richtig und konsequent gehandelt. Die getroffenen Maßnahmen waren und sind hart. Niemand hat sich eine derartige Situation gewünscht. Das Gesundheitssystem stand kurz vor dem Kollaps, es war bis dahin nicht gelungen, die Infektionsrate signifikant zu senken. Um „die Not zu wenden“, sind die Maßnahmen erforderlich.

Allerdings gilt es gerade in der Krise Maß und Mitte zu halten und die Mahnungen aus der Wirtschaft ernst zu nehmen, die davor warnen, die zeitlich befristete Ausnahmesituation zur Bekämpfung der Pandemie als Einfallstor zu missbrauchen, um all das politisch durchzusetzen, was man – ganz unabhängig von der aktuellen Krise – schon immer auf der politischen Agenda hatte und wofür man zu Recht keine Mehrheiten bekommen hat. Werkverträge, Homeoffice-Pflicht, Total-lock-down der Wirtschaft, Aufhebung der Schuldenbremse, Verbot von Verbrennungsmotoren – wir werden auch zukünftig sehr genau darauf zu achten haben, dass aus der Ausnahme, die im Einzelfall begründet sein kann, keine generelle, auf Dauer angelegte, Verpflichtung wird, dass ideologische Wunschvorstellungen unter dem Deckmantel der Krisenbewältigung nicht weiter Raum greifen und all das geopfert wird, was wir in den letzten Jahren so mühsam und gegen größte Widerstände aufgebaut haben.

Meine Damen und Herren,

wir sind hier beim Wirtschaftsrat. Daher sei mir gestattet, den politischen Entscheidungsträgern drei Ratschläge mit auf den Weg geben.

*Mein erster Rat ist, den grundlegenden Wandel in unserem Land, aber auch in Europa und der Welt insgesamt, zu **erkennen** und **anzuerkennen**, um daraus die richtigen Lehren zu ziehen.*

„Die Chinesen fliegen zum Mond und wir verbieten Wattestäbchen“ – diese Zuspitzung meint, dass Politik nicht gut beraten ist, mit dem Instrumentenkoffer von gestern die Welt von morgen gestalten zu wollen. Erst recht nicht, wenn a) die Rezepte schon in der Vergangenheit nur mäßigen Erfolg gebracht haben und b) die Rahmenbedingungen sich grundlegend verändert haben.

Zumindest im Hinblick auf die Wirtschaft und die Finanzen befinden wir uns mitten in der größten Krise seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949. Wir schieben eine gewaltige Welle an existenzbedrohenden Unternehmenspleiten, Schuldenbergen und massenhafter Kurzarbeit vor uns her, aus der strukturelle Arbeitslosigkeit – mit all den Konsequenzen etwa in Bezug auf die Pflege-, Renten-, und Sozialversicherungen – ebenso resultieren könnte, wie der signifikante Verlust an Wohlstand vieler Familien sowie an infrastruktureller Substanz – z. B. im Hinblick auf Krankenhäuser, Straßen, Schwimmbäder, Theater.

Das haben wir in der Form seit 30 Jahren nicht mehr erleben müssen und das wird insbesondere für die junge Generation zu einem bitteren Erwachen führen. Wer glaubt, dass sich diese Zäsur nicht nachhaltig auf unsere Gesellschaft auswirken wird und das „Weiter so!“ das Mittel der Wahl ist, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Erste Folgen sind in der Realität längst spürbar, z. B. bei den Zulieferbetrieben der Autobauer. Vor diesem Hintergrund höhere Hartz IV-Sätze einzufordern, setzt wahrlich das absolut falsche Zeichen.

Meine davon abgeleitete These ist, dass wir eine Art „**Rückkehr der Ökonomie**“ erleben werden. Das heißt, wirtschaftliche und finanzielle Fragestellungen werden uns weit öfter und stärker beschäftigen, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Im staatlichen Bereich vor allem in Bezug auf die Folgen schwindender Steuereinnahmen und schwacher Wachstumsraten. Im privaten Umfeld hinsichtlich der Frage nach der Arbeitsplatzsicherheit, dem Ausbildungsplatz, der Löhne und Gehälter. Wir werden mit volkswirtschaftlichen Wahrheiten, einschließlich der arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Auswirkungen, konfrontiert werden, die wir längst überwunden glaubten.

An der Stelle wird sich zeigen, ob die Parteien auf die sich verändernde Lebenswirklichkeit der Menschen mit einer **aktiven Wirtschaftspolitik** reagieren, die auf Innovationen, Investitionen in moderne Technologien und Digitalisierung ausgerichtet ist oder weiterhin an dem Wirtschaftsaversen, stark dem Ordnungsrecht und der Regulierung zugewandten Politikansatz festhalten, der in den letzten Jahren die grundlegende Sanierung und Transformation der deutschen Wirtschaft zumindest ausgebremst hat – trotz Hochkonjunktur und Einnahmerekorden. Die

Leistungsfähigkeit unserer Industrie und Schlüsselbranchen ist nicht Gott gegeben, der Erfolg unserer mittelständigen Unternehmen keine Selbstverständlichkeit. Zur Wahrheit und Klarheit gehört, dass in der Vergangenheit leider zu oft politische Zusagen zu Lasten der Wirtschaft getroffen wurden und der Staat sich eben nicht auf das beschränkt hat, was er selbst zu leisten im Stande ist.

Mein zweiter Rat knüpft nahtlos daran an. Er lautet, dass wir unsere Prioritätensetzung aktuell noch einmal auf den Prüfstand stellen sollten.

In Sachsen sind wir erstmals mit der Situation konfrontiert, dass der Staatshaushalt unterfinanziert ist und wir Schulden machen müssen. Die Beilegung politischen Streits und die Bearbeitung gesellschaftlicher Konflikte durch das Ausstellen von Schecks stellt zunehmend keine Option mehr für die Regierung dar. Jetzt muss stärker parteipolitisch Position bezogen werden. Öfter als früher geht es ums Grundsätzliche. Wie setze ich die knappen Mittel zielgerichtet ein? Stelle ich die Ausstattung der städtischen Bibliothek über die des kommunalen Krankenhauses? Wie halte ich es mit der Forderung nach noch mehr Steuern und Abgaben? Noch mehr Ausgaben und Schulden? Setze ich auf angebotsorientierte Ansätze, Wachstumsimpulse zur Stärkung des Standortes oder noch mehr Umverteilung und eine Schuldenunion? Hinterfrage ich kritisch die Erfolge und Kosten beispielsweise der deutschen Energiewende oder der Mobilitätswende hin zur Elektromobilität und Wasserstoff-Technologien? Was ist mit den Strompreisen und der CO₂-Steuer? Was können wir uns eigentlich noch leisten!?

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Verteilungskämpfe um knappe Ressourcen und Marktzugänge werden zunehmen, national wie international. Schon heute bestehende Konfliktlinien werden sich weiter vertiefen – zwischen den Staaten, zwischen Stadt und Land, Ost und West, Arm und Reich, Jung und Alt. Wir werden harte Auseinandersetzungen etwa zur Frage der Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit erleben. In der Corona-Krise endete der über 14 Jahre, auch während der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 anhaltende, Anstieg der Erwerbstätigkeit in Deutschland.

Jetzt ist eine inhaltliche Programmatik mit klarer wirtschaftspolitischer Handschrift gefragt, engagierte Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzpolitiker, mit einem ausgeprägten Kompass für die soziale Marktwirtschaft. Es ist das Gebot der Stunde, die Anliegen des Mittelstandes, des Handwerks und der Industrie viel deutlicher als bisher in der konkreten Politik zu berücksichtigen, in den Grundsatz- und Wahlprogrammen zu verankern und im öffentlich-medialen Diskurs auch spürbar werden zu lassen.

Wir müssen unsere Prioritäten überprüfen und uns wieder auf das fokussieren, was Zukunft sichert. Viel zu lang haben wir uns aufgehalten, mit blauhaarigen Youtubern, dem Gendern von Gesetzen, Gretas-Weltuntergangsstimmung, Kassenbons und dem Migrationshintergrund von Hochs und Tiefs. Das muss aufhören! Den Sprachverhunzenden sei zugerufen, dass sich kein Mädchen mehr für MINT-Fächer und ein Ingenieur*innen-Studium interessiert, indem wir unserer Sprache Gewalt antun. Hier braucht es Vorbilder aus der Wirtschaft, ein selbstbewusstes

Rollenverständnis und tiefgreifende strukturelle Voraussetzungen, um auch Frauen möglichst früh und möglichst praxisnah an technische Berufe heranzuführen. Da ist noch viel Luft nach oben.

Wir können uns Fehlallokationen von Mitteln und Kapazitäten nicht länger leisten. Dazu ist die Lage zu ernst. Existenzen stehen auf dem Spiel. Niemand will, dass über Fünfzigjährige den Job verlieren oder Schulabgänger zu einer neuen Generation Praktikum werden. Gerade im Osten muss der Abwanderung weiterer qualifizierter Fachkräfte aktiv entgegenwirkt werden. Die Menschen sind aufgebracht und ermattet zugleich. Verärgert, weil der regulierende Staat und Europa immer stärker in ihre Arbeits- und Lebenswelt eingreifen. Auf der anderen Seite zeigt sich der Staat aber nicht als verlässlicher Partner, wenn es z. B. um die Auszahlung dringend notwendiger Überbrückungshilfen oder das Impfen geht. Ermattet u. a. durch die vielen gesellschaftlichen Konflikte der letzten Jahre, deren versöhnliche Befriedung nicht selten daran gescheitert ist, dass die Grünen sich an getroffene Absprachen nicht gehalten und den zäh errungenen Konsens umgehend wieder in Frage gestellt haben. Unsere heutige Aufgabe besteht darin, umzudenken und uns auf das Wesentliche zu konzentrieren.

Damit sind wir bei meinem dritten Ratschlag. Das ist eine Bitte, die sich an alle politischen Entscheidungsträger richtet. Sie lautet: Verantwortung übernehmen!

Wenn das vermeintliche Hauptziel der letzten Volkspartei in Deutschland ist, *anschlussfähig* zu sein für die Positionen der politischen Konkurrenz, sagt das sehr viel über ihren Gestaltungswillen aus. Eine Folge dieser Politik ist, dass Ziele, die vor wenigen Jahren noch zum Markenkern der Partei gehört haben, heute als polarisierend empfunden werden. Dann werden Wandel und Transformation zur Last. Auch wenn man es sich parteiintern noch so sehr erhofft, die Kluft zwischen dem politisch Wünschenswerten und dem in der Praxis Machbaren wird größer.

Warum sollten wir also hoffen können, dass uns unter ungleich schwierigeren Rahmenbedingungen gelingt, was uns in Zeiten ökonomischer und politischer Stabilität nicht gelungen ist – nichts weniger als die Modernisierung und Transformation unseres Landes? Weil die Wahrheit ist, dass uns am Ende des Tages die Wirklichkeit einholt. Wir werden ablesen können, an Haushaltsbilanzen, Wirtschaftswachstum, Innovationsindizes und Rankings aller Art, wo wir stehen und welche Entwicklung unser Land nimmt.

In Sachsen werden wir das in erster Linie in der Bildungspolitik zu spüren bekommen. Zu glauben, dass man auf Dauer einen internationalen Spitzenplatz in den entsprechenden Vergleichsstudien wird halten können, wenn man sich dem Thema der Digitalisierung der Schulen und des Unterrichts weiterhin in der Weise widmet, wie dies aktuell geschieht, ist ein Trugschluss. Hier sind wir abstiegsbedroht! Der Wirtschaftsrat Sachsen gibt sich damit nicht zufrieden und setzt den Schwerpunkt seiner inhaltlichen Arbeit 2021 auf Bildung, Innovation und Digitalisierung. Im Dialog mit den Generationen werden wir Wege aufzeigen, um Zukunft zu sichern und ein attraktiver Standort zu bleiben.

Es gilt Verantwortung zu übernehmen, die weit über den nationalen Rahmen hinausgeht. „Durchwursteln“ oder Aussitzen ist kein Modell für die Zukunft und nationale Alleingänge wie in der Migrations- und Energiepolitik nicht die Art Führung, die unsere europäischen Nachbarn und transatlantischen Freunde von uns erwarten.

Der CDU ist zu raten, sich inhaltlich neu aufzustellen und wieder ein aktiver Gestalter der Wirtschaftspolitik zu werden. Nicht um der politischen Konkurrenz zu gefallen, sondern um anschlussfähig zur Realität *in diesem Land* zu bleiben. Weg von Personaldebatten, die nur Verlierer kennt. Hin zur programmatischen Arbeit. Die richtigen Impulse dafür zu geben, ist auch eine Aufgabe von Wirtschaftsverbänden wie dem BDI. Also ran ans Werk, die Zeit drängt. Lassen Sie uns gemeinsam die Zukunft meistern!

Glückauf!

Dr. Dirk Schröter
Landesvorsitzender Sachsen